



Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Das Vorspiel, 1911, die Einigung, 1912

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

5. Kapitel: Poincaré in Petersburg

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79744)

5. Kapitel
Poincaré in Petersburg

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 7./20. Juni 1912

Sehr geehrter Herr Sergej Dmitriewitsch!

Gestern mußte ich abermals ein wahres Unwetter überstehen und wieder infolge der ersichtlich unrichtigen und tendenziösen Übermittlung Ihrer Antwort auf den Vorschlag Poincarés durch Georges Louis. Ich fand den Minister des Äußern außerordentlich erregt. Aus den Mitteilungen des H. Georges Louis ging hervor, daß Sie im Grunde nicht mit dem Gedanken einverstanden seien, die vorgesehene Friedensvermittlung auf den ursprünglichen türkisch-italienischen Konflikt zu beschränken, und kategorisch und vollständig den Vorschlag Poincarés in seiner letzten, vom Londoner Kabinett schon formell angenommenen Fassung abgelehnt hätten. Das hat Poincaré um so mehr in Erstaunen versetzt, als es nach früheren Mitteilungen Georges Louis' schien, Sie seien mit diesem Gedanken im Grunde voll und ganz einverstanden. Poincaré hat mir das Telegramm von Louis nicht gezeigt, aber aus seinen Worten schließe ich folgendes:

1. Als er Ihre Einwände gegen den Satz über die Unterzeichnung des Protokolls wegen des Desinteresses übermittelte, hat er nicht die Gründe Ihrer Einwände erwähnt und Ihnen den Wunsch zugeschrieben, das Gebiet der bevorstehenden Vermittlung überhaupt nicht zu beschränken.

2. Georges Louis hat vollkommen unterlassen, Ihre Erklärung zu übermitteln, nach der Sie bereit sind, jede für uns annehmbare Formel aufmerksam zu prüfen. Infolgedessen entstand der Eindruck einer schroffen und bedingungslosen Ablehnung des französischen Vorschlags von Ihrer Seite.

Da ich Ihre letzten Telegramme bei mir hatte, konnte ich, auf diese gestützt, bis zu einem gewissen Grade den wahren Sinn Ihrer Antwort wiederherstellen. Leider hatte er bereits, bevor er mich sah, unter dem ersten Eindruck der Telegramme von Louis ein langes Telegramm nach St. Petersburg aufgegeben, dessen Fassung ohne Zweifel seine Erregung widerspiegelte. Nach einer

langen Unterredung gelang es mir, wie mir scheint, ihn einigermaßen zu beruhigen, und er versprach mir, an Georges Louis in ruhigerem Ton zu telegraphieren.

Indem er als sicher annahm, daß Sie die von ihm vorgeschlagene vorherige Verständigung zwischen Frankreich, Rußland und England verwerfen, sagte er mir: „Bisher versicherte Herr Sasonow uns, daß er dem Prinzip einer vorherigen Verständigung mit Frankreich und England treu bleiben werde und bereit sei, sich vorher mit Frankreich und England zu einigen. Wenn dem nicht mehr so ist, muß uns das klar gesagt werden, und wir werden überlegen, welchen Weg wir einzuschlagen haben angesichts schwerer Ereignisse, die sich ergeben können. Aber wenn, wie Sie mir bestätigen, und wie ich es glauben möchte, sich nichts in Ihrer Politik geändert hat, warum erscheint es dann in St. Petersburg als unangebracht, die Verständigung zwischen den drei Mächten festzulegen? Deutschland ist nicht unser Freund, und wenn es dazu käme, daß es die Initiative zu einer Aktion der Friedensvermittlung ergreifen sollte, so würde das Fehlen einer vorherigen Verständigung zwischen Rußland, Frankreich und England die Stellung Frankreichs, seiner Verbündeten und Freunde erheblich schwächen.“

Als Antwort entwickelte ich ihm ausführlich Ihre von Sir Ed. Grey geteilte Idee, daß es gefährlich sei, Europa in zwei Mächtegruppen zu spalten, und daß es im Gegenteil nötig sei, im Interesse einer erfolgreichen Friedensvermittlung alle fünf Mächte zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen. Als Beispiel habe ich ihn unter anderem auf den Lauf der Ereignisse im Jahre 1908 hingewiesen, wo gerade das getrennte Vorgehen Rußlands, Frankreichs und Englands die Sache bedeutend verwickelt und zum Scheitern des Konferenzplanes geführt habe.

Poincaré gab das vollständig zu und erklärte mir, daß er ein derartiges getrenntes Vorgehen durchaus nicht beabsichtige; seiner Überzeugung nach entspreche der letzte Satz seiner neuesten Fassung durchaus dem Gedanken einer gemeinsamen Arbeit der fünf Mächte. Aber seiner Ansicht nach hindere das Rußland, Frankreich und England keineswegs an einer vorherigen Verständigung über die allgemeinen Richtlinien und über den Charakter der bevorstehenden Friedensvermittlung. Wenn auch weder er, noch die anderen Mitglieder der Regierung einen Augenblick die Aufrichtigkeit unserer Politik bezweifelt hätten, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß die Zusammenkunft der Kaiser bei der augenblicklich so komplizierten internationalen Lage unvermeidlich die öffentliche Meinung Frankreichs in Aufregung versetzen werde. Die Regierung müsse diesen Umstand im Auge behalten; sie müsse jeden Augenblick imstande sein, diese Erregung durch den Hinweis auf die Unerschütterlichkeit des Einverständnisses zwischen Frank-

reich, Rußland und England zu beruhigen. In London teile man diesen Standpunkt durchaus, und Sir Ed. Grey habe nicht gezögert, seine formelle Zustimmung zu der vorgeschlagenen Formel zu geben, nachdem einige Änderungen darin gemacht worden seien. Warum habe Sasonow, wenn er im Grunde genommen mit Frankreich einig sei, nicht ebenso gehandelt und H. Georges Louis die eine oder andere Änderung in der ihm unterbreiteten Fassung vorgeschlagen? Im Hinblick auf alles Vorhergehende erlaube ich mir in dringendster Form meine Bitte zu wiederholen, den Vorschlag H. Poincarés nicht in Bausch und Bogen zu verwerfen, sondern Ihrerseits die eine oder andere Änderung in der Abfassung vorzuschlagen. Persönlich bin ich der Ansicht, daß, wenn man in der neuesten Fassung des H. Poincaré den Satz bezüglich der Unterzeichnung des Protokolls über das Desinteressement wegläßt, diese Fassung für uns vollkommen annehmbar und ungefährlich ist. Das deckt sich vollständig mit dem, was Sie mir aus Moskau telegraphierten. Wenn Sie Ihre Einwilligung dazu nicht geben, wird Ihre Weigerung ohne Zweifel in dem Sinne ausgelegt werden, daß in der allgemeinen Richtung unserer Politik ein Wechsel stattgefunden hat, und das könnte seinerseits sehr ernste Folgen nach sich ziehen. Bei einem so leidenschaftlichen und geradlinigen Charakter wie H. Poincaré ist zu befürchten, daß er hieraus bestimmte Schlüsse ziehen und irgendwelche neue politische Kombinationen suchen werde.

Sie wissen, daß hier traditionelle Sympathien für Österreich-Ungarn bestehen, auch ist die meiner Überzeugung nach ganz falsche Meinung sehr verbreitet, man könne diese Macht als Gegengewicht gegen Deutschland ausspielen. Wenn die Überzeugung, daß wir zu sehr nach Deutschland hinneigen, Fuß faßt, könnte Poincaré seinerseits an eine Annäherung an Österreich-Ungarn denken, und das würde einen unglaublichen Wirrwarr in die internationale Lage bringen. Erinnern Sie sich, welche Rolle die französischen Sympathien für das Wiener Kabinett im Jahre 1908 gespielt haben. Vergessen Sie nicht, daß man seit der Potsdamer Zusammenkunft Ihnen eine besondere Vorliebe für Deutschland nachsagt. Sie haben selbst die Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigung, die durch die Bemühungen von Georges Louis und Bompard um Sie geschaffen worden ist, festgestellt. Ich tue, was ich kann, um diese Atmosphäre zu zerstreuen, aber nicht immer mit Erfolg. In diesem Falle glaube ich, daß Sie in Ihrem Standpunkt sogar etwas nachgiebig sein und Poincaré entgegenkommen könnten, um diese Atmosphäre nicht noch mehr zu überladen. Poincaré ist trotz all seiner Fehler eine starke Persönlichkeit. Sein gestriger Sieg im Parlament hat seine Stellung sichtlich befestigt. Wenn, was Gott verhüten wolle, die eine oder andere internationale Krise ausbrechen sollte, so ist es für uns sehr wich-

tig, ihn ganz und gar auf unserer Seite zu haben und aus seiner Energie und Entschlossenheit Nutzen zu ziehen. Deswegen ist es notwendig, mit seiner krankhaften Eigenliebe zu rechnen; aber gleichzeitig werden Sie sich selbst überzeugen, daß er auch von einer großen Aufrichtigkeit und Geradheit durchdrungen ist. In seiner gestrigen Unterhaltung mit mir tat er als Antwort auf meine Bemerkung, daß es offenbar gar keine voneinander abweichenden Ansichten zwischen Ihnen beiden gäbe, sondern nur ein einfaches Mißverständnis, den Ausruf: „Ich wollte, es wäre schon der 10. August und ich könnte mich ganz offen und voll Vertrauen mit H. Sasonow aussprechen.“ Ich setze meinerseits die größten Hoffnungen auf Ihre Zusammenkunft mit ihm.

Was das demnächst bevorstehende Zusammentreffen in den Schären anbelangt, so sieht die französische Presse dieses bis jetzt dank den von H. Poincaré getroffenen Maßnahmen und meinen täglichen und stündlichen Bemühungen ruhig an. Das kann sich aber schnell ändern. Es ist sehr bedauerlich, daß die hiesigen Zeitungen Nachrichten über diese Begebenheit bis jetzt nur aus Deutschland und infolgedessen naturgemäß nur in deutscher Beleuchtung erhalten. Man druckt hier die Notizen der „Kölnischen Zeitung“, des „Berliner Lokalanzeigers“ usw. ab, die das Zusammentreffen in den Schären als ein politisches Ereignis von größter Bedeutung hinstellen. Es ist sehr wünschenswert, daß die russischen Zeitungen zwecks Belehrung der hiesigen Blätter eine richtigere Auslegung bringen. Ich schrieb Ihnen bereits, daß Poincaré zu dem ihm angegebenen Zeitpunkt an Bord eines französischen Kriegsschiffes nach Petersburg kommen wird. Zu diesem Zeitpunkt werde ich Ihrer Erlaubnis gemäß gleichfalls in Petersburg eintreffen. Bis dahin werde ich Frankreich nicht verlassen. Wenn sich aber dem Laufe der Dinge nach die Möglichkeit hierzu bieten sollte, werde ich vielleicht versuchen, für kurze Zeit nach Contrexeville zur Kur zu fahren. Contrexeville ist einige Stunden von Paris entfernt, wohin ich immer in Extrafällen zurückkehren kann; zur Ankunft und bis zur Abfertigung des Kuriers werde ich natürlich stets in der Stadt sein. Ich brauche die Kur in Contrexeville durchaus, da ich in der letzten Zeit sehr nierenleidend bin und irgend etwas hiergegen tun muß. Ich beende diesen langen Brief mit einer rein persönlichen Bitte: würde mir das Ministerium nicht die übliche Kurierfahrt überlassen, da ich doch nach Petersburg nicht in persönlichen, sondern in dienstlichen Angelegenheiten reise. Ich erliege unter der Last der Pflichtausgaben, und die Reise nach Petersburg reißt in mein Budget ein großes Loch.

Ihr aufrichtig ergebener

und zu Diensten bereiter

Iswolski

Beim nochmaligen Durchlesen meines Briefes bemerke ich, daß ich vergessen habe, einen Umstand zu erwähnen: als ich von der Gefahr sprach, Europa in zwei Mächtegruppen zu teilen, wies ich ihm gegenüber unter anderem auf den Eindruck hin, den die Veröffentlichung der einen oder anderen gemeinschaftlich von Rußland, Frankreich und England angenommenen Formel erwecken könnte und machte ihn darauf aufmerksam, wir würden voraussichtlich verlangen, daß diese Formel geheimgehalten und nicht anders als nur mit unserer Einwilligung veröffentlicht würde. Hiergegen erhob Poincaré keine Einwendungen, und ich glaube, daß er, falls wir diese Forderung stellen sollten, einverstanden sein würde.

Ut in litteris

Iswolski

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Briel

Paris, den 1./14. August 1912

H. Paléologue sprach mir gegenüber vor zwei Tagen in den wärmsten Ausdrücken von der Dankbarkeit der französischen Regierung für den außergewöhnlichen Empfang — er betonte das Wort außergewöhnlich ganz besonders — der H. Poincaré von Seiner Majestät dem Kaiser und der Kaiserlichen Regierung zuteil geworden ist.

Außerdem ist H. Poincaré selbst durch ein Telegramm seiner Kollegen beauftragt worden, Eurer Hohen Exzellenz den Ausdruck dieser Gefühle zu übermitteln.

Obwohl ich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Äußern keinerlei Mitteilungen zu machen hatte, habe ich es doch für richtig gehalten, mich mit ihm direkt in Verbindung zu setzen.

H. Briand drückte mir beim Empfang seine große Freude über meinen Besuch aus, da er mir bei dieser Gelegenheit sagen könne, wie glücklich die in Paris anwesenden Mitglieder der Regierung über den Empfang des H. Poincaré in Rußland seien. Er sprach im selben Sinne wie H. Paléologue und gleichfalls in sehr herzlichem Ton. H. Briand erzählte mir, daß die Nachrichten aus St. Petersburg zur Kenntnis des letzten Ministerrats in Rambouillet gebracht worden seien und dort große „Freude“ bei den Mitgliedern der Regierung ausgelöst hätten, eine Freude, die, wie H. Briand hinzufügte, von H. Fallières, dem Vorsitzenden der Konferenz, durchaus geteilt worden sei.

Zum Schluß bat mich H. Briand, Vorstehendes zur Kenntnis

Eurer Hohen Exzellenz zu bringen und ihn außerdem bei Seiner Exzellenz, H. Kokowtzow, dem er gelegentlich begegnet war, in Erinnerung zu bringen.

Ich möchte hinzufügen, daß die große Herzlichkeit, mit der H. Briand mich empfangen hat, und der warme Ton, in dem er zu mir sprach, mir den Eindruck wahrer Aufrichtigkeit gemacht haben.

Meine Zusammenkunft mit H. Briand war notwendigerweise kurz. Die beide Regierungen interessierenden Fragen bilden, wie er selbst beiläufig bemerkte, den Gegenstand der Besprechungen zwischen Euler Hohen Exzellenz und H. Poincaré. Er sagte mir auch, er wisse, daß ich in Beziehung zu H. Paléologue stünde.

Obwohl sich übrigens H. Briand zur Verfügung der Gesandtschaftsleiter, die ihn zu sehen wünschen, stellt, legt er doch, wie ich erfahren habe, nicht viel Wert darauf, die fremden Diplomaten zu empfangen.

Genehmigen Sie usw.

Sewastopulo

*Bericht des russischen Außenministers an den Zaren
über die Unterredungen mit Poincaré während dessen Aufenthalt
in St. Petersburg*

St. Petersburg, den 4./17. August 1912

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus II.: 'f.

Während des Petersburger Aufenthalts von H. Poincaré, dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister, hatte ich zahlreiche Unterredungen mit ihm.

Marinekonvention

Zunächst haben wir eine unserer ersten Zusammenkünfte dazu benutzt, um uns gegenseitig unsere Befriedigung über den Erfolg auszusprechen, den die kürzlichen Unterhandlungen zwischen den beiden Admiralstabschefs gehabt haben. Der in Paris von den Admiralen Aubert und Fürst Lieven unterzeichnete Entwurf zur Marinekonvention hat die Allerhöchste Genehmigung gefunden, und ich bin allergnädigst ermächtigt worden, meine Unterschrift darunter zu setzen.

Da die vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention seinerzeit durch einen besonderen Notenaustausch ratifiziert worden ist, wurde in Übereinstimmung hiermit mit H. Poincaré beschlossen, auch diesmal dasselbe Verfahren bei der Marinekonvention anzuwenden. Dementsprechend

hat am 2. und 3. August zwischen Poincaré und mir ein Schriftwechsel stattgefunden, der die Erklärung beider Parteien enthält, daß sie sich durch die Marinekonvention für gebunden erachten.

Strategische Verkehrsstraßen

H. Poincaré sprach auch von dem Protokoll der letzten Sitzung der Generalstabschefs und sagte, er lege der Verwirklichung des hierin vom französischen Generalstab ausgesprochenen Wunsches nach einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit unseres der Westgrenze zuführenden Eisenbahnnetzes durch den Bau eines zweiten Schienenstranges auf den in dem Protokoll bezeichneten Linien einen sehr großen Wert bei. Ich erwiderte, daß ich von diesen Wünschen Kenntnis habe und daß sie wahrscheinlich in den Grenzen des Möglichen in Erwägung gezogen würden.

Die englisch-französischen Beziehungen

Die französisch-englischen Beziehungen waren zwischen H. Poincaré und mir Gegenstand eines besonders offenerzigen Gedankenaustausches.

Nach einem Hinweis darauf, daß im Laufe der letzten Zeit, unter dem Einfluß der aggressiven Politik Deutschlands gegen Frankreich, diese Beziehungen den Charakter ganz besonderer Intimität angenommen hätten, vertraute der französische Premierminister mir an, daß zwischen Frankreich und England zwar kein schriftlicher Vertrag bestehe, daß jedoch die General- und Admiralstäbe beider Staaten nichtsdestoweniger in enger Fühlung miteinander ständen und sich ununterbrochen und mit voller Offenheit über alles, was sie interessieren könnte, gegenseitig verständigten. Dieser dauernde Ideenaustausch habe zu einer mündlichen Vereinbarung zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands geführt, in der England sich bereit erklärt habe, Frankreich mit seiner Land- und Seemacht zu Hilfe zu kommen, falls dieses von Deutschland angegriffen würde. England habe versprochen, Frankreich zu Lande durch ein an die belgische Grenze zu entsendendes Detachement in Stärke von 100 000 Mann zu unterstützen, um einen vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee durch Belgien abzuwehren.

H. Poincaré hat mich dringend gebeten, unbedingtes Stillschweigen über diese Information zu bewahren und selbst den Engländern nicht Veranlassung zu der Vermutung zu geben, daß wir darüber unterrichtet seien.

Als wir von der Hilfe sprachen, die England und Frankreich zu Wasser sich gegenseitig zu bringen beabsichtigten, berührte H. Poincaré die Möglichkeit eines gleichzeitigen Zusammenwirkens der russischen und englischen Marinestreitkräfte.

Auf Grund unserer Marinekonvention hat Frankreich die Verpflichtung übernommen, uns dadurch zu Hilfe zu kommen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns ablenkt und sie am Vordringen in das Schwarze Meer verhindert. Nach Poincarés Ansicht könnte die englische Seemacht dieselbe Rolle in der Ostsee übernehmen, auf die die französische Flotte ihre Aktion nicht ausdehnen kann. Deshalb fragte er mich, ob ich nicht meine demnächst bevorstehende Reise nach England dazu ausnutzen wolle, um in meinen Unterredungen mit den Leitern der englischen Politik die Frage eines gemeinsamen Vorgehens der russischen und englischen Flotte im Falle eines Konfliktes der Dreiverbandsmächte mit Deutschland zu erörtern.

Ich antwortete H. Poincaré, daß diese Frage eine eingehende Überlegung erfordere.

Die französisch-italienischen Beziehungen

Hinsichtlich der französisch-italienischen Beziehungen sprach ich H. Poincaré meine aufrichtige Zufriedenheit darüber aus, daß diese, die eine Zeitlang so gespannt zu sein schienen, sich anscheinend besserten, was gerade jetzt, unmittelbar vor Erneuerung des Dreibundes, von ganz besonderer Bedeutung sei.

Ich wies darauf hin, daß es für Frankreich sehr wesentlich sei, Italien streng in den Grenzen einer formellen Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber seinen Bundesgenossen zu halten, ohne es zu einem engeren Anschluß an sie zu drängen, da dies im Fall eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland sehr nachteilig sein könnte.

Unter der Bedingung der Aufrechterhaltung freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Italien und den Mächten des Dreibundes, ist es nicht nur für Frankreich, sondern auch für Rußland, ja sogar für Italien selbst, vorteilhaft, dieses Land als totes Gewicht im Dreibund zu belassen, da darin eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg liegt, in den auch die anderen Mächte auf irgendeine Weise verwickelt werden könnten.

Poincaré sagte mir, er sei sich der Richtigkeit der von mir ausgesprochenen Ansicht vollkommen bewußt und gebe sich alle Mühe, das von mir angedeutete Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht vergeblich sein und es ihm glücken werde, den gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eine solche Grundlage zu geben. Nach seinen Worten sind in diesem Sinne schon erhebliche Erfolge erzielt worden.

Der Italienisch-Türkische Krieg

Daß die französische Regierung im italienisch-türkischen Krieg unsere Friedensbemühungen nicht in dem von ihr gewünschten

Maße habe unterstützen können, bedauerte H. Poincaré. Diese unfreiwillige Zurückhaltung erkläre sich erstens aus der Notwendigkeit, der Stimmung der muselmanischen Bevölkerung in den französischen Besitzungen in Afrika Rechnung zu tragen, wo jeder Druck auf die Türkei unter den Arabern Unruhen hervorgerufen haben würde, die gerade jetzt, wo die Errichtung eines französischen Protektorats in Marokko auf so viele Schwierigkeiten stoße, besonders gefährlich gewesen wären; zweitens sei diese Zurückhaltung durch die in Paris bestehende Überzeugung begründet gewesen, daß weder Deutschland geschweige denn Österreich damals etwas getan haben würden, um durch seinen Einfluß in Konstantinopel unsere Aufgabe zu erleichtern.

Poincaré erklärte mir gleichzeitig, er sehne jetzt mehr wie je die Beendigung des Krieges zwischen Italien und der Türkei herbei, und hoffe daher, daß Rußland und Frankreich die erste sich bietende Gelegenheit benutzen würden, um durch erneute, gemeinsame Bemühungen, vereint mit den anderen europäischen Großmächten, dies Ziel zu erreichen. Er meint, daß sich leicht ein Anlaß hierzu finden ließe, da die direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien in der Schweiz noch nicht abgebrochen seien, und die türkische Regierung mit Einwilligung der italienischen die Entsendung einer besonderen Abordnung nach Tripolis vorbereite, die den Auftrag erhalten solle, dort den Boden für ein neues Regime zu ebnen und die Araber an den Gedanken eines Waffenstillstands zu gewöhnen.

Poincaré kam im weiteren Verlauf unserer Unterredung über den italienisch-türkischen Krieg auch auf das zukünftige Schicksal der von Italien besetzten Inseln im Ägäischen Meer zu sprechen. Diese Frage mache der französischen Regierung viel Sorge; sie fürchte, Italien werde sich nicht damit begnügen, diese Inseln nur als Pfand bis zur Beendigung des Krieges zu behalten, sondern es könne die Absicht haben, sie so lange zu besetzen, bis es von der Türkei die Garantie bekommen habe, daß den Inseln eine gewisse Autonomie verliehen werde. Frankreich beabsichtigt, energisch gegen eine solche Wendung der Dinge anzugehen, da es hierin eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teil des Mittelmeeres erblickt.

Auf Poincarés Frage, welche Haltung die russische Regierung einem Versuch Italiens gegenüber, im Archipel Fuß zu fassen, einnehmen werde, erwiderte ich, daß wir mit einem solchen Versuche gleichfalls nicht sympathisieren könnten.

Ich benutzte die Gelegenheit, mich einer Bitte des römischen Kabinetts anzunehmen, die der italienische Geschäftsträger an mich gerichtet hatte, und fragte den französischen Außenminister, ob es irgendeine Möglichkeit für die Türkei gebe, noch vor Beendigung

des Krieges eine Anleihe an der Pariser Börse unterzubringen. Poincaré verneinte dies unumwunden, fügte jedoch hinzu, nach Friedensschluß dürfe die Türkei hoffen, bei ausreichenden Garantien in Frankreich das nötige Geld zu finden, um ihre militärischen Ausgaben zu decken, Italien wird sich nach Poincarés Informationen mit einer ähnlichen Bitte um Geld an Frankreich wenden.

Der bulgarisch-serbische Vertrag

Über den serbisch-bulgarischen Vertrag hatten wir die französische Regierung vertraulich unterrichtet. Eine gewisse Besorgnis über seinen Abschluß verhehlte H. Poincaré mir nicht. Obwohl er den Vertrag als einen Faktor zur Erhöhung der Militärmacht der Balkanstaaten begrüßt, hält er ihn für mehr aggressiven als defensiven Charakters und erblickt in diesem Umstande eine schwere Gefahr, da jeden Augenblick Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel möglich sind. Ich bemerkte, wir hätten Bulgarien und Serbien darauf aufmerksam gemacht, daß wir das unter ihnen abgeschlossene Bündnis nur als Defensivmaßnahme anerkennen wollten, die die Unabhängigkeit und Freiheit beider Länder gegen Angriffe von seiten Österreich-Ungarns gewährleisten solle, und daß wir keineswegs gewillt seien, zu irgendwelchen Angriffsplänen ihrerseits die Hand zu bieten.

Die möglichen Verwicklungen auf dem Balkan

Nachdem wir uns gegenseitig die Absicht bestätigt hatten, mit Aufmerksamkeit die Vorgänge auf dem Balkan zu verfolgen und andauernd unsere Nachrichten und Meinungen hierüber auszutauschen, einigte ich mich aufs neue mit Poincaré dahin, im Falle von irgendwelchen Verwicklungen sofort gemäß der Lage gemeinsam die Art unseres Verhaltens zu bestimmen, um auf diplomatischem Wege eine weitere Verschärfung zu verhindern.

H. Poincaré hielt es für seine Pflicht, dabei hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Frankreich der französischen Regierung nicht gestatten würde, sich in reinen Balkanangelegenheiten für ein militärisches Vorgehen zu entscheiden, wenn nicht Deutschland daran beteiligt sei und durch seine eigene Initiative einen casus foederis schaffe. In letzterem Falle könnten wir selbstredend auf die genaue und restlose Erfüllung der Pflichten Frankreichs uns gegenüber rechnen.

Meinerseits erklärte ich dem französischen Minister, daß wir zwar stets unter Umständen, wie sie in unserem Bündnis vorgesehen sind, bereit seien, uns entschieden an Frankreichs Seite zu stellen, daß wir aber vor der russischen öffentlichen Meinung es ebenfalls nicht würden rechtfertigen können, wenn wir uns aktiv an militärischen Operationen beteiligen sollten, die durch irgend-

welche koloniale, außereuropäische Angelegenheiten hervorgerufen worden seien, es sei denn, daß vitale Interessen Frankreichs in Europa betroffen wären.

Nachdem wir miteinander die Hauptfragen der allgemeinen Politik durchgesprochen hatten, gingen wir auf einige einzelne Punkte näher ein, in erster Linie auf die Frage der Eisenbahnbauten in Kleinasien.

Die anatolischen Eisenbahnen

H. Poincaré rief mir die Bagdadangelegenheit ins Gedächtnis zurück, in der Frankreich, sozusagen, materielle und moralische Schäden erlitten habe, und sprach die Befürchtung aus, daß dasselbe in der Frage der anatolischen Eisenbahnen sich noch einmal ereignen könnte und dann würde die französische öffentliche Meinung die Regierung für eine solche Wendung der Angelegenheit verantwortlich machen.

Ich erwiderte, man könne schwerlich behaupten, daß Frankreich durch unsere Schuld in der bewußten Angelegenheit Verluste erlitten habe, denn das französische Kapital sei mit einem Anteil von 30 Prozent bei dem Bau der Bagdadbahn beteiligt; was das Stimmrecht in der Direktion und in der Kontrolle anbelange, so sei es schwer, anzunehmen, daß Deutschland jemals eingewilligt hätte, dies Recht Frankreich zu gewähren. Wie dem auch sei, wir seien, um Schlimmeres zu verhüten, z. B. eine Konzession an Chester, bereit, uns in der Frage der anatolischen Eisenbahnen der Ausführung des Geschäfts durch eine französische Gesellschaft nicht zu widersetzen, wir hofften aber, daß dann unsere Wünsche sowohl bezüglich des Bauaufschubs um mindestens 15 Jahre, als auch hinsichtlich des östlichen Endpunktes der Linie berücksichtigt würden. Für letzteren könnte, nach den Unterhandlungen zwischen H. von Giers und Assim Bey, irgendein Punkt zwischen Erzingian und Erserum, z. B. Peckeridje, in Aussicht genommen werden.

Poincaré bestand auf der Weiterführung der Linie bis Erserum, aus Furcht, die Weigerung der französischen Gesellschaft, die Bahn ganz bis zu Ende zu führen, könnte die Türken veranlassen, das ganze Geschäft in die Hände der Amerikaner zu geben oder wenigstens mit diesen ein Abkommen über den Bau der nicht vollendeten Teilstrecken abzuschließen. Auf Grund schwerwiegender Tatsachen ist der französische Minister überzeugt, daß die türkische Regierung niemals auf den Bau der Linie Trapezunt—Peckeridje in Anbetracht ihres Wertes für den Handel verzichten werde.

Jedenfalls glaubt er, daß wir durch Unterhandlungen mit der türkischen Regierung, und nicht durch solche mit den Eisenbahnunternehmern, uns bemühen sollten, die gewünschten Zugeständnisse zu erreichen.

Nichtsdestoweniger bat ich Poincaré, seine Landsleute zu beeinflussen, daß sie die türkischen Interessen sich nicht mehr zu Herzen nehmen sollten als die Türken selbst, und nicht darauf bestehen möchten, die Konzession zum Bau der Linie Peckeridje—Erserum zu erhalten, wenn die Türken selbst, wie Assim Bey gesagt habe, darauf verzichten.

Der Gesamteindruck, den ich aus unserer Unterredung über diese Angelegenheit gewonnen habe, ist der, daß, wenn die gegenwärtige türkische Regierung sich durch den Vorschlag Assim Beys für gebunden hält, wir vielleicht eine Zeitlang den Bau der Strecken östlich von Peckeridje werden verhindern können, daß wir aber schwerlich imstande sein werden, die Vollendung der geplanten Bauten länger als 13 Jahre zu verzögern.

Die chinesische Anleihe

Über die chinesische Anleihe sprachen wir nur wenig. Ich erinnerte an die von uns mehr als einmal vorgebrachten Gründe gegen die Eile, mit der Beträge vorgeschossen worden sind, bevor noch eine Einigung über die prinzipiellen Fragen erfolgt war. Auch wies ich auf die zweifellos bestehende Gefahr hin, die für uns in einem Anwachsen der militärischen Macht des unermesslichen Nachbarreiches läge.

Der französische Außenminister stimmte mir vollkommen bei und erklärte sich bereit, auf die französischen Bankiers soviel wie möglich in unserem Sinne einzuwirken. Die französische Regierung — das versprach er — werde keinerlei Maßnahmen genehmigen, die unseren Interessen schaden könnten.

Die persönliche Angelegenheit des H. Georges Louis

Schließlich bat mich Poincaré, ihm ganz vertraulich, aber mit voller Offenheit zu sagen, warum H. Georges Louis, soweit er, Poincaré davon Kenntnis habe, bei uns als für seinen Posten nicht geeignet angesehen werde. Ich antwortete ihm, daß dafür hauptsächlich die folgenden zwei Gründe ausschlaggebend seien: erstens habe der französische Botschafter während des italienisch-türkischen Krieges unsere Bemühungen um Versöhnung der kriegführenden Länder nicht nur in keiner Weise unterstützt, sondern er habe sogar, wie ich Grund zu vermuten habe, meiner Tätigkeit gegenüber stets Mißtrauen an den Tag gelegt und mir allerhand kriegerische Absichten gegen die Türkei untergeschoben; zweitens habe er den Sinn meiner Unterredungen mit ihm nach Paris derartig ungenau übermittelt, daß es, wie Poincaré selbst sich erinnern werde, wiederholt zu sehr unliebsamen Mißverständnissen gekommen sei. Der eine wie der andere Umstand sei geeignet, eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu erschweren. Dies sei um so bedauerlicher, als

es im Hinblick auf unser Bündnis besonders wichtig erscheine, daß zwischen uns volles Vertrauen und gegenseitiges Verstehen herrschten.

Poincaré wies die erste Annahme zurück, indem er versicherte, daß Georges Louis kein Mißtrauen gegen meine Tätigkeit hätte haben können; wenn er nicht mehr Sympathie für unsere Bemühungen, einen Weg für eine italienisch-türkische Aussöhnung zu finden, bekundet habe, so sei er dabei von besonderen Erwägungen geleitet worden, die ihren Grund in der Stellung Frankreichs im nördlichen Afrika hätten. Ich habe diese in meinem Bericht weiter oben angeführt.

Hinsichtlich des zweiten Grundes meiner Unzufriedenheit mußte Poincaré zugeben, daß Georges Louis tatsächlich nicht die Fähigkeit bewiesen habe, einen ihm mitgeteilten Gedanken klar zu erfassen und genau wiederzugeben. Er schob das auf die Kränklichkeit des Botschafters und auf seine schwierigen Familienverhältnisse.

Ich betonte, daß ich durch die Offenheit meiner Erklärungen nicht die sofortige Abberufung des H. Georges Louis bezwecken wolle; ich könnte jedoch nicht verheimlichen, daß mit der Zeit seine Ersetzung durch eine geeignetere Persönlichkeit mir wünschenswert erscheine in Anbetracht der Beziehungen der beiden Kabinette zueinander. Poincaré war ganz meiner Ansicht.

Der Gesamteindruck der Persönlichkeit H. Poincarés

Zum Schluß fühle ich mich verpflichtet zu bemerken, daß ich sehr erfreut über die Gelegenheit war, H. Poincaré kennenzulernen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, und dies um so mehr, als der Gedankenaustausch zwischen uns mir den Eindruck hinterlassen hat, daß Rußland in ihm einen zuverlässigen und treuen Freund besitzt, begabt mit einem nicht gewöhnlichen staatsmännischen Verstand und mit unbeugsamer Willensstärke. Im Fall einer Krisis in den internationalen Beziehungen wäre es sehr erwünscht, daß an der Spitze der Regierung unserer Bundesgenossen, wenn nicht H. Poincaré selbst, so doch eine Persönlichkeit stände, die die gleiche Entschlossenheit besitzt wie der augenblickliche französische Premierminister, und ebenso frei wie er von jeder Furcht vor Verantwortung ist.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 16./29. August 1912

Am Morgen nach seiner Rückkehr von St. Petersburg hat sich H. Poincaré nach Rambouillet begeben, um dem Präsidenten der

Republik und dem Ministerrat die Resultate seiner Reise im einzelnen mitzuteilen. Von dort heimgekehrt, ließ er mir auf meine Anfrage hin ganz besonders rasch sagen, daß er zu jeder Stunde für mich zu sprechen sei.

Der Premierminister ließ seine gewöhnliche Zurückhaltung fallen und empfing mich sehr herzlich. Er sagte mir, wie sehr er über den Empfang durch Seine Majestät den Kaiser und dessen Minister gerührt gewesen sei.

H. Paléologue bestätigte mir die Aufrichtigkeit dieser Empfindungen und erklärte, H. Poincaré habe besonders das Vertrauen, das ihm sowohl von Seiner Majestät dem Kaiser, als auch von dem Staatssekretär Kokowtzw und von Eurer Hohen Exzellenz entgegengebracht wurde, tief empfunden. Als Beispiel dieses uneingeschränkten Vertrauens bezeichnete H. Paléologue die Mitteilungen, die Sie unserem französischen Gast über besonders geheime Einzelheiten auf dem Gebiete der Balkanpolitik der letzten Monate gemacht haben.

Ohne jeden Zweifel hat die Eurer Hohen Exzellenz bereits aus den Agenturtelegrammen bekannte Rede des H. Poincaré in Dünkirchen über die Ergebnisse seiner Reise und die Festigkeit des Bündnisses in Frankreich einen sehr günstigen Eindruck gemacht; dieser Eindruck wurde noch durch den Bescheid verstärkt, den H. Poincaré den Journalisten gegeben hat. Allerdings hat er ein Interview abgelehnt, aber er hat die Herzlichkeit des ihm zuteil gewordenen Empfanges und die Festigkeit der Beziehungen zwischen den beiden Ländern betont.

Genehmigen Sie usw.

Sewastopulo

*Bericht des russischen Außenministers an den Zaren
über seine Reise nach England, Frankreich und Deutschland*

St. Petersburg, im Oktober 1912

Mit Allerhöchster Genehmigung Eurer Kaiserlichen Majestät und auf Einladung des Königs von England, begab ich mich am 5. September nach Schloß Balmoral; gleichzeitig mit mir traf der Staatssekretär des Außenministeriums, Sir Ed. Grey, dort ein.

Ich halte es für meine Pflicht, Eurer Kaiserlichen Majestät vor allem von dem außerordentlich herzlichen Empfang zu berichten, den der König Georg die Gnade hatte, mir als einem Vertreter der russischen Regierung zuteil werden zu lassen. Schon am ersten Tage meines Besuches berührte Seine Majestät in einer mehr als einstündigen Unterhaltung alle die Fragen, die sich auf die poli-

tischen Interessen Rußlands und Englands beziehen, Fragen, die später Gegenstand meiner Unterhandlungen mit Sir Ed. Grey waren. Bei dieser Gelegenheit versicherte mich der König, ebenso bestimmt wie sein Minister, seiner aufrichtigen Freundschaft für Rußland und seines festen Wunsches, mit ihm die engsten Beziehungen, gestützt auf gegenseitiges Vertrauen und Verständnis für die beiderseitigen Interessen, zu unterhalten.

In demselben Sinne sprach Seine Majestät sich während der ganzen Dauer meines Aufenthalts in Balmoral aus und bestätigte mir diese Gefühle noch am Tage meiner Abreise bei meiner Verabschiedung. Er beauftragte mich, Eurer Kaiserlichen Majestät mit seinen freundschaftlichen Grüßen die Versicherung zu übermitteln, daß er, wo es die Interessen Rußlands und Englands erfordern würden, mit allen Kräften in voller Einigkeit mit Eurer Majestät zu handeln gesonnen sei.

Um im allgemeinen die Stimmung gegenüber Rußland zu charakterisieren, die ich in England vorfand, muß ich bemerken, daß der Führer der Opposition, H. Bonar Law, gleichzeitig mit mir auf einige Tage in Balmoral zu Besuch war. Ich habe ihm unter anderem meine Befriedigung über die Rede ausgesprochen, die er im vergangenen Frühjahr in der Kammer hielt und in der er im Namen der Opposition die Politik Sir Ed. Greys im Sinne einer intimeren Annäherung an Rußland billigte. Bonar Law bestätigte mir in Gegenwart Greys diese seine Äußerungen und erklärte sogar, das sei die einzige Frage, über die es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konservativen und Liberalen in England gebe.

Da sich mir eine günstige Gelegenheit dazu bot, hielt ich es für angebracht, in einer meiner Besprechungen mit Grey mich zu informieren, was wir von England im Falle eines Konfliktes mit Deutschland erwarten könnten. Ich halte das, was mir darüber der Leiter der englischen Außenpolitik, ebenso wie später der König Georg selbst, sagte, für sehr bezeichnend.

Eure Majestät wissen, daß H. Poincaré während seines Aufenthaltes in Petersburg im vergangenen Sommer mir gegenüber den Wunsch aussprach, ich möchte mir Klarheit darüber verschaffen, inwieweit wir auf die Mitwirkung der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges zählen dürften.

Nachdem ich Grey vertraulich über die wesentlichsten Punkte unserer Marinekonvention mit Frankreich unterrichtet und bemerkt hatte, daß auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die französische Flotte unsere Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatze durch Behinderung der österreichischen Flotte, in das Schwarze Meer vorzudringen, zu sichern bestrebt sein werde, fragte ich, ob England seinerseits uns dieselben Dienste im Norden leisten könnte, indem es die deutschen Geschwader von unseren Ostseeküsten

fernhält. Ohne Bedenken erklärte Grey, wenn die vorausgesehenen Umstände eintreten sollten, so würde England alle Anstrengungen machen, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen. Über die Frage militärischer Operationen sei bereits von den in Betracht kommenden maßgebenden Stellen verhandelt worden, aber in diesen Beratungen sei man zu dem Schluß gelangt, die englische Flotte könne zwar leicht in die Ostsee eindringen, ihr Aufenthalt daselbst aber bedeutet eine große Gefahr. Angenommen, es glückte Deutschland, die Hand auf Dänemark zu legen und den Ausweg aus der Ostsee zu sperren, so würde die englische Flotte wie in einer Mausefalle sitzen. Deshalb würde England voraussichtlich seine Operationen auf die Nordsee beschränken müssen.

Aus eigenem Antriebe bestätigte mir Grey dann, was ich bereits durch Poincaré wußte: es besteht zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung, nach der im Falle eines Krieges mit Deutschland England die Verpflichtung eingegangen ist, Frankreich nicht allein zu Wasser Hilfe zu leisten, sondern auch zu Lande durch eine Truppenlandung auf dem Kontinent.

Der König berührte in einer seiner Unterredungen mit mir dieselbe Frage und drückte sich noch weit schärfer aus als sein Minister. Als ich erwähnte, Deutschland versuche mit seiner Seemacht der Englands gleichzukommen, rief Seine Majestät in sichtlich erregtem Tone aus, ein etwaiger Konflikt würde nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den Überseehandel Deutschlands unheilvolle Folgen haben, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelsschiff, das ihnen in die Hände fiele, versenken. („We shall sink every single German merchant ship we shall get hold of.“)

In diesen Worten schienen mir nicht allein die persönlichen Gefühle Seiner Majestät Ausdruck zu finden, sondern auch die der öffentlichen Meinung, wie sie in England gegenüber Deutschland vorherrschend ist.

Dabei muß ich erwähnen, daß gerade während meines Aufenthaltes in Balmoral die Nachricht von dem unerwarteten Tode des erst kürzlich ernannten deutschen Botschafters in London, des Barons Marschall von Bieberstein, eintraf. Der Verstorbene war eine zu markante Persönlichkeit, und seine Berufung nach London hatte damals zuviel Aufsehen verursacht, als daß sein Ableben in England nicht einen tiefen Eindruck hätte machen müssen. Trotzdem ist zu bemerken, daß die Hoffnungen, die man in Deutschland auf seine Mission gesetzt hatte, durch eine Annäherung an England dieses vom Dreiverband abzuziehen, aller Wahrscheinlichkeit nach sich nicht erfüllt haben würden. Er hat kaum Zeit gehabt, an seine neuen Aufgaben heranzugehen, und alle, die ich darüber zu sprechen Gelegenheit hatte, sind der Ansicht, daß seine ersten

Schritte nicht sehr erfolgreich waren. Die allzu eindringlichen Versicherungen, daß Deutschland nicht die geringste feindliche Absicht gegen England hege und bei seinen Schiffsbauten nicht an einen Kampf mit Großbritannien denke, haben die Engländer nur gereizt, anstatt sie zu beruhigen. Baron Marschall hat lange im Orient gelebt und während seines kurzen Aufenthalts in London nicht Zeit gehabt, sich in die neuen Verhältnisse einzugewöhnen. Der Hauptgrund seines Mißerfolgs liegt aber darin, daß es zur Zeit wahrscheinlich unmöglich ist, für die beiden rivalisierenden Staaten den Boden zu einer Annäherung zu finden.

Unter den einzelnen Fragen, die den Stoff zu meinen täglichen langen Konferenzen mit Grey abgaben, standen die persischen Angelegenheiten an erster Stelle, da sie auf einem politischen Gebiet liegen, wo die Interessen Rußlands und Englands sich am nächsten berühren.

Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die sehr wenig befriedigende Lage in Persien und auf das Fehlen stabiler Verhältnisse im Innern des Landes. Der Grund für beide Erscheinungen liegt in dem gänzlichen Mangel an einer achtungsgebietenden Persönlichkeit, deren ein Land, das sich in einem Stadium der Entwicklung befindet wie Persien, nicht entbehren kann. Ich sprach die Ansicht aus, daß es die nächstliegende Aufgabe für Rußland und England sein müsse, gerade eine solche Autorität zu schaffen. Im Prinzip war Grey mit mir einverstanden, erklärte aber nochmals, was er schon mehr als einmal erklärt hatte, daß es für England undenkbar sei, dies Problem dadurch zu lösen, daß Mohammed Ali wieder zur Regierung komme. In Berücksichtigung dieser unversöhnlichen Haltung der britischen Regierung hinsichtlich des Ex-Schahs schlug ich vor, man solle jedenfalls nicht auf der Rückkehr Assid-ad-Mulks nach Persien bestehen, der Beweise seiner Schwäche gegeben habe und anscheinend selbst sich der Last der Regierung, die seine Kräfte übersteige, entziehen wolle; hingegen möge man die Regentschaft einer anderen Persönlichkeit übertragen, z. B. dem Ex-Minister des Äußern, Saad-el-Dauleh, der sich seinerzeit als Mann von Entschlossenheit und festem Willen gezeigt habe. Zunächst entgegnete Grey, daß dieser Staatsmann wegen seines Mangels an Taktgefühl bekannt sei, später aber schloß er sich meiner Ansicht an, Saad-el-Dauleh die Regentschaft zu übertragen.

Ich bemerkte, der Regierende könne, wie auch seine persönlichen Eigenschaften sein mögen, nichts ausrichten, wenn ihm die unbedingt nötigen finanziellen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgabe, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, fehlten. Zu einer ersten Reformarbeit gehöre eine beträchtliche Menge Geld; deshalb seien kleine Teilvorschüsse nicht ausreichend, und man müsse Per-

sien durch eine bedeutende Anleihe von 5 bis 6 Millionen Pfund Sterling helfen.

Grey trat diesen von mir vorgebrachten Argumenten nicht entgegen, sprach sich aber für folgende Maßnahmen aus: Ohne eine Garantie für die Anleihe zu übernehmen, gewähren die Regierungen Rußlands und Englands den Banken, die Persien eine Anleihe bewilligen wollen, ihre möglichst weitgehende diplomatische Unterstützung. Da aber zu befürchten ist, daß die Banken zur Herabgabe großer Beträge sich vielleicht nicht entschließen werden, bevor nicht einigermaßen die Ordnung in Persien wiederhergestellt ist, hält er, Grey, es für vorteilhaft, daß die beiden Regierungen die erforderlichen Summen zur Bildung einer Gendarmerie hergeben, Summen, die ihnen aus der künftigen Anleihe zurückzuerstatten sein werden.

Wir kamen auf die transpersische Eisenbahn zu sprechen. Trotz der in England noch sehr weit verbreiteten Ansicht, man müsse Indien seine isolierte Stellung wahren, glaubt Grey selbst nicht an die Möglichkeit, die gegenwärtige Abgeschlossenheit Indiens ganz zu erhalten, und er gab zu, daß es unvermeidlich sein werde, mit der Zeit das indische Eisenbahnnetz mit dem europäischen zu verbinden.

Ich bemerkte, daß die russische Regierung der englischen es vollkommen überlasse, den günstigen Zeitpunkt für den Zusammenschluß zu wählen, daß aber über die von der persischen Regierung zu erlangende Konzession zum Bau der ganzen transpersischen Bahn eine Verständigung zwischen Rußland und England sofort herbeigeführt werden müsse; jedem der beiden Staaten bleibe es dann überlassen, in den Grenzen der ihm zufallenden Zone diese Konzession auf die ihm am besten erscheinende Art für sich auszunutzen. Man könne so mit dem Bau des nördlichen Teiles von unserer Grenze bis Teheran, unabhängig von dem des südlichen in der englischen Zone, beginnen.

Grey war mit dieser Auffassung durchaus einverstanden, und so war es mir möglich, mit Lord Revelstock, der ebenfalls in Balmoral anwesend war, sowie später in Paris mit Poincaré und den französischen Finanzmännern in eine Besprechung über Einzelheiten einzugehen.

Das Resultat dieser Unterhandlungen war, daß die „Société d'études“ bald eine Abordnung nach Persien schicken wird, die mit Unterstützung der Kaiserlich russischen und der großbritannischen Gesandtschaft in Teheran von der Regierung des Schah die Erlaubnis zur Vornahme technischer Untersuchungen und die Genehmigung zum Bau der geplanten transpersischen Linie zu erhalten suchen soll.

Da es erwünscht wäre, daß diese Abordnung auch mit der

Auffindung neuer Einnahmequellen in Persien als Garantie für die zukünftige Anleihe beauftragt wird, diese Aufgabe aber die Kräfte der zum Studium der technischen Seite des Eisenbahnunternehmens bestimmten Personen übersteigen könnte, so bestand ich darauf, man solle sich zur Entsendung einer doppelten, aus sechs Personen bestehenden Abordnung entschließen: drei Spezialisten für Eisenbahn- und drei für Finanzwesen; jede dieser beiden Abteilungen solle aus einem Russen, einem Franzosen und einem Engländer bestehen.

Die französische Regierung hat ihrerseits diesen Plan vollkommen gebilligt sowie der von uns ausgesprochenen Absicht zugestimmt, daß das Konzessionsgesuch von der „Société d'études“ und nicht von den diplomatischen Stellen ausgehen soll. Die Rolle der letzteren hat sich nur auf die Unterstützung des Gesuches zu beschränken.

Bei dem Bau der Eisenbahnen in Persien kam Grey auch auf die von ihm als außerordentlich traurig bezeichnete Lage des englischen Handels im südlichen Teile dieses Landes zu sprechen. Er hält die Vermehrung der von schwedischen Offizieren kommandierten örtlichen Gendarmerie für wünschenswert, um das Eintreffen englischer Waren auf den persischen Märkten zu gewährleisten. Wenn es sich herausstellen sollte, wie man anzunehmen gewissen Grund habe, daß die Schweden zu diesem Zweck nicht verwandt werden können, so würde für England kein anderer Ausweg übrigbleiben, als die Organisation von Militärabteilungen an Ort und Stelle unter englischen Offizieren, um in der britischen wie in der neutralen Zone die Handelsstraßen gegen Räuberbanden zu sichern. Eine solche Erledigung der Angelegenheit würde die großbritannische Regierung vielleicht nötigen, unsere Einwilligung zu erbitten.

Ich entgegnete, ich könne darüber erst dann meine Ansicht aussprechen, wenn diese Frage in bestimmter Form zur Verhandlung komme. Hinsichtlich der neutralen Zone würden wir uns früher oder später — so sagte ich — wahrscheinlich genötigt sehen, unsere Haltung zu revidieren und diese Zone aufzuheben, da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen für jedermann zugänglich und gegen Angriffe Dritter nicht geschützt sei. Selbstverständlich würde die Anerkennung jeder derartigen Maßnahme durch Persien unumgänglich sein, da sie sonst ohne jeden praktischen Wert sei.

Auch in diesem Falle erklärte sich Grey im Prinzip für einverstanden. Er äußerte die Meinung, daß es möglich sei, ein für allemal jedem Anspruch Deutschlands auf die neutrale Zone ein Ende zu setzen, wenn Rußland von der persischen Regierung die Genehmigung zum Bau der Eisenbahnstrecke Teheran—Ispahan und, gemeinsam mit England, für die Strecke Ispahan—Moham-

mera erhalte. Natürlich schließe die Genehmigung zum Bau dieser Linien für keinen der beiden Staaten die Verpflichtung ein, diese Unternehmungen auch wirklich auszuführen; man bezwecke damit nur, Deutschland von der neutralen Zone fernzuhalten, in der nach einem solchen Abkommen für die Deutschen keine noch so dürftige Konzession mehr übrigbleibe. Ich antwortete, wenn die Erreichung einer derartigen Ermächtigung von Persien möglich wäre, wovon ich nicht ganz überzeugt sei, so sei ich bereit, unseren Vertreter in Teheran dahin zu instruieren, daß er sich mit allen verfügbaren Mitteln um deren Erlangung bemühen solle.

Unter den weniger wichtigen persischen Fragen berührten wir die Konzession an Lynch. Auf mein Ansuchen hin war Grey damit einverstanden, daß dem großbritannischen Vertreter in Teheran telegraphiert werde, er solle den Antrag Lynchs auf Einrichtung eines Automobilverkehrs zwischen Teheran und Mohammera nicht unterstützen.

Aus Anlaß unserer Unterhaltung über Persien kam das Gespräch auch auf Afghanistan, nicht nur mit Grey allein, sondern auch mit Lord Crew, dem Staatssekretär für Indien. Ich hielt es für nützlich, auf dem Rückwege von Balmoral nach London mich einige Stunden in dessen Schloß aufzuhalten, um mit ihm zentralasiatische Fragen zu erörtern. Ich wies die beiden Minister auf die ungünstige Lage hin, die für unsere afghanische Grenze aus der Weigerung des Emirs erwachse, direkte Beziehungen zwischen den russischen und afghanischen Grenzbehörden zu gestatten — Beziehungen, die durch den englisch-russischen Vertrag von 1907 festgelegt seien. Ich erwähnte die Nachteile, die für die russischen, in jenen Gegenden wohnenden Untertanen daraus entspringen, und den Schaden, der sich für den Ackerbau ergibt, da es unter solchen Umständen unmöglich sei, die Frage der Bewässerung in befriedigender Weise zu lösen, die doch in jenen Gegenden von größter Bedeutung sei, sowie diejenige der Landplage in unseren zentralasiatischen Besitzungen, der Heuschrecken. Ich betonte weiterhin die für Rußland wie für England gleich schwere Gefahr, die darin liege, daß Afghanistan, ein fast unzugängliches Land, ein Herd der panislamitischen Propaganda sei.

Die beiden englischen Minister erwiderten mir, sie seien sich der Berechtigung unserer Beschwerden voll bewußt. Sie versprachen bei ihren Verhandlungen mit dem Emir auf eine Besserung der Lage hinzuarbeiten. Dabei verhehlten sie mir aber nicht, daß der Emir Abibulle trotz des jährlich gezahlten Geldbetrages recht wenig auf England höre, was letzteres zu dulden gezwungen sei, um eine Erschwerung der Lage zu vermeiden, da es ja für England unmöglich sei, Zwangsmaßnahmen gegen Afghanistan zu ergreifen.

Ferner machte ich Grey darauf aufmerksam, wie wichtig das

zwischen der Bagdadgesellschaft und der Schiffahrtsgesellschaft Lynch getroffene Abkommen sei, das ohne Zweifel den Bau der Bagdadbahn beschleunigen werde. Ed. Grey gestand, daß er mit Unwillen die Nachricht von dieser Vereinbarung vernommen habe, denn er verstehe sehr wohl, wie schädlich diese den englischen Interessen sei. Leider habe aber, nach seiner Ansicht, die britische Regierung die Verwirklichung der von H. von Gwinner erfundenen Kombination nicht verhindern können.

Grey gab mir die Versicherung, daß England keinerlei Absichten auf Tibet habe und auch keinerlei Änderungen der zwischen ihm und uns bestehenden Verträge plane. Unter Bezugnahme aber auf die diplomatische Note, die im letzten Sommer nach China gesandt worden ist, bestätigte er mir, daß England unmöglich eine bedeutende chinesische Truppenmacht in Tibet eindringen lassen könne. Sollte also China trotz der ihm zugegangenen Warnungen versuchen, seine Armeen nach Tibet zu schicken, so wäre England gezwungen, eine militärische Expedition in das Tschumbi-Tal zu unternehmen, um diese zu verhindern.

Immerhin jedoch würde das Londoner Kabinett keinen derartigen Entschluß fassen, ohne uns vorher zu benachrichtigen.

Grey erwähnte bei diesem Anlaß unser Vorgehen in der Mongolei und verglich es mit dem Englands in Tibet. Ich leugnete die Ähnlichkeit zwischen beiden und bewies ihm, daß England uns gegenüber durch gewisse, auf Tibet bezügliche Vereinbarungen gebunden sei, während wir ihm gegenüber keine ähnlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Mongolei hätten, wo übrigens die Engländer auch keinerlei Interessen, weder politische noch wirtschaftliche, besäßen.

Diese Gründe schienen Sir Ed. Grey einzuleuchten: er widersprach ihnen nicht. Im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen England und uns geschaffen worden sind, schien es mir angebracht, ihn vertraulich, rein persönlich und nur in großen Zügen von dem Charakter der Mission zu unterrichten, mit der H. Korostowetz betraut worden ist.

Grey sowohl wie Sir Arthur Nicolson, den ich auf meiner Durchreise in London besuchte, wiederholten mir, was man bereits unserem Geschäftsträger gesagt hatte, daß nämlich der Abschluß der chinesischen Anleihe bei der Lloyd-Bank von der britischen Regierung sehr mißbilligt worden sei. Letztere habe nicht verfehlt, ihr Mißfallen darüber in Peking wie in England selbst verlauten zu lassen. Leider konnte die Regierung nicht mehr tun, weil sie, ganz im Gegensatz zur französischen Regierung, kein einziges Mittel hat, die englischen Finanzmänner zu beeinflussen.

Da die Gefahr vorliegt, China könnte ohne Wissen des Sechserkonsortiums Anleihen abschließen, wenn dieses auf den von

ihm gestellten Kontrollbedingungen besteht, so wäre es, wie Grey meinte, erwünscht, diese seiner Ansicht nach zu schweren Bedingungen einigermaßen zu mildern.

Aus den Besprechungen, die ich hierüber später in Paris mit Poincaré und den französischen Finanzleuten hatte, konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß dagegen die Franzosen der Beibehaltung des Sechserkonsortiums großen Wert beilegen, auf der Notwendigkeit einer strengen Kontrolle bestehen und die China vorgeschriebenen Bedingungen nicht zu ändern beabsichtigen.

Die schon seit einiger Zeit wenig befriedigende Lage auf dem Balkan hat sich während meines Aufenthalts im Auslande noch verschlimmert. Alle diesbezüglichen Fragen standen daher in meinen Unterredungen mit den englischen Staatsmännern, wie auch später mit den französischen und deutschen, an erster Stelle und nahmen den breitesten Raum ein.

Es war allen klar, daß die Ereignisse auf dem Balkan, wenn man sie ungehindert sich entwickeln ließe, eine Wendung zu nehmen drohten, die unfehlbar außerordentlich gefährvolle Verwicklungen für die Großmächte selbst herbeiführen würden. Ebenso klar war es, daß nur durch eine einmütige und sofortige Aktion von seiten der gesamten Großmächte die drohende Gefahr vermieden werden könne.

Unter diesem Gesichtspunkt kam meine Anwesenheit in den bedeutendsten Hauptstädten Europas zu einem so bedeutungsvollen Zeitpunkt sehr gelegen, denn der persönliche Meinungsaustausch meinerseits mit den Leitern der auswärtigen Politik Englands, Frankreichs und Deutschlands hat die Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion vereinfacht und beschleunigt.

Während meines Aufenthalts in Balmoral lief der Eurer Kaiserlichen Majestät bereits bekannte erste Vorschlag Poincarés ein, der vier Artikel enthält. Rußland, Frankreich und England sollten, nach der Idee des Urhebers des Vorschlages, Österreich und Deutschland zu deren Annahme veranlassen. Der dritte Artikel, der eine immerhin mögliche Zwangsmaßregel gegen die Türkei vorsieht, fand nicht den Beifall des Kabinetts von St. James, das sogar soweit ging, jede Andeutung einer solchen Möglichkeit für bedenklich zu halten.

Auf meine Anweisungen hin gelang es trotzdem unserem Pariser Botschafter, H. Poincaré klar zu machen, daß der Schlüssel zu der ganzen Lage in Wien zu suchen sei: denn, falls Österreich sich nicht den Bemühungen der anderen Mächte um eine friedliche Lösung des Konfliktes anschließen, vielmehr eine Sonderaktion unternehmen sollte, wären alle Anstrengungen der anderen Mächte zum Mißerfolg verurteilt, und wir selbst könnten uns gezwungen sehen, auf die Politik einer Nichteinmischung zu verzichten, die wir doch

auch fernerhin so aufrichtig gern befolgen möchten. Deshalb stellte die französische Regierung einen neuen Vorschlag auf, nach dem Rußland und Österreich, als die am meisten für eine ruhige Lage auf dem Balkan interessierten Staaten, von den Mächten beauftragt werden sollten, ihrerseits in den Hauptstädten der Balkanländer vorstellig zu werden, um den Beginn einer bewaffneten Aktion aufzuhalten. Bekanntlich wurde dieser Vorschlag von allen angenommen, mit der einzigen, auf Wunsch Englands gemachten Änderung, daß in Konstantinopel die Vertreter der fünf Großmächte gemeinsam vorstellig werden sollten.

Ohne noch eine Antwort aus Wien erhalten zu haben, ergriff ich die Gelegenheit, auf meiner Heimfahrt durch London den österreichischen Botschafter zu bitten, er möge die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf den Wert lenken, den wir auf ein Zusammenwirken Österreichs mit den anderen Mächten in dem gegenwärtigen, so sehr gefährvollen Zeitpunkt legten. Ich ließ bei dieser Gelegenheit den Grafen Mensdorff wissen, daß das Nichteingreifen Rußlands in den Balkankonflikt von einer gleichen Haltung Österreichs in dieser Angelegenheit abhängen.

Den Vorschlag Poincarés zu einem gemeinsamen Vorgehen Rußlands und Österreichs im Namen der anderen Mächte, kann man meines Erachtens sehr wohl annehmen, da er zwar die Hände Österreichs bis zu einem gewissen Grade bindet, aber gleichzeitig den Vorwand zu einem lebhafteren Meinungswechsel zwischen uns und dem Wiener Kabinett bietet, ohne daß wir dazu die Initiative ergreifen.

Während meines dreitägigen Aufenthalts in Paris beschäftigten die Balkanfragen andauernd besonders stark die europäischen Kabinette und bildeten größtenteils den Stoff meiner Unterredungen mit Poincaré.

Nach Rücksprache mit mir hat der französische Außenminister eine Formel ausgearbeitet, nach der in den Hauptstädten der Balkanländer Vorstellungen erhoben werden sollen, und er ist jetzt bemüht, so schnell wie irgend möglich die Zustimmung aller Mächte zu erlangen.

In London, Paris und Berlin empfing ich die Vertreter der Pforte und der Balkanstaaten und gab ihnen den dringenden Rat, doch Vernunft anzunehmen. In Paris haben wir, Poincaré und ich, sogar einmal die Vertreter Bulgariens, Serbiens und Griechenlands gemeinsam empfangen, um unseren Ermahnungen größeren Nachdruck zu verleihen.

Dem ottomanischen Botschafter in London, Tewfik Pascha, gegenüber bemerkte ich, wie wünschenswert für die Pforte ein schneller Friedensschluß mit Italien sei. Ich hoffte, dadurch ein wenig die Leidenschaften der anderen Gegner der Türkei zu kühlen

und ihr bewaffnetes Eingreifen zu verhindern. Tatsächlich ist für niemand mehr zweifelhaft, welchen Einfluß der italienisch-türkische Krieg dadurch gehabt hat, daß er die Balkanvölker zur Lösung der schwierigen Fragen mit den Waffen in der Hand ermutigte. Ich hörte Worte des Bedauerns darüber, daß die Mächte seinerzeit die Aufforderung Rußlands nicht genügend beachtet hätten, gemeinsam dem Tripoliskrieg ein Ende zu setzen, bevor der Brand in den Balkanländern entflammt wurde.

Aus den unter den geschilderten Umständen in England, Paris und Berlin von mir nacheinander geführten Unterhandlungen konnte ich mir auf Grund persönlicher Eindrücke ein ziemlich klares Urteil über die Verschiedenheit der Haltung der drei Großmächte gegenüber den Balkanangelegenheiten bilden. Alle Tätigkeit Englands ist augenblicklich der Sorge untergeordnet, nur ja nicht die Unzufriedenheit der muselmanischen Welt auf sich zu laden, da es sich, um seine Herrschaft in Indien aufrechtzuerhalten, auf den muselmanischen Teil der dortigen Bevölkerung stützen muß. Daher kommt seine offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Christen in der Türkei, die mit seiner früheren Haltung in Widerspruch steht, daher auch seine unentschiedene Politik in Persien und Zentralasien.

Außerdem wird England von dem Wunsch geleitet, in keiner Weise die jetzige ottomanische Regierung, in der Kemal Pascha eine hervorragende Rolle spielt, zu schwächen; es fürchtet, die Jungtürken, mit Ferid Pascha an der Spitze, der für einen Anhänger Deutschlands gilt, könnten wieder zur Macht gelangen.

Diese Erwägungen erklären es, warum England trotz seines Wunsches, im Zusammenwirken mit den anderen Mächten die Ruhe auf dem Balkan wiederherzustellen, oft der gemeinsamen Sache durch sein Zögern, dieser oder jener Maßnahme zuzustimmen aus Angst vor dem Eindruck, den dies in Konstantinopel machen könnte, Hindernisse in den Weg gelegt hat.

Unter solchen Umständen kann man mit Gewißheit sagen, daß auf eine Unterstützung von seiten Englands nicht zu rechnen sein würde, falls eine abermalige Verschlimmerung der Verhältnisse einen energischen Druck auf die Türkei erfordern sollte.

In Frankreich rufen die Verwicklungen auf dem Balkan zweierlei Besorgnisse hervor, die die Haltung unseres Bundesgenossen zu den aktuellen Ereignissen bestimmen.

In erster Linie ist es durch den Gedanken beunruhigt, die Ereignisse in den Balkanländern könnten auf die eine oder andere Weise eine Intervention der Mächte veranlassen, die dort am meisten interessiert sind, d. h. Rußlands und Österreichs, was Frankreich seinerseits in einen Krieg hineinziehen könnte. Gerade diese Befürchtung ist der Grund dazu, daß Poincaré uns im letzten Som-

mer vertraulich und in aller Freundschaft daran erinnert hat, nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages könne nur ein Angriff Deutschlands gegen Rußland zu einer Erfüllung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber führen.

In zweiter Linie können die Franzosen einem Anwachsen der Unruhen auf der Balkanhalbinsel nicht gleichgültig zusehen; denn diese müssen ihnen finanzielle Verluste bringen, da sie bedeutende Kapitalien in verschiedene dortige Unternehmungen gesteckt haben.

Darum sehnt die französische Regierung so glühend eine friedliche Lösung der entstandenen Konflikte herbei und ergreift die Initiative zu einer Reihe dahin zielender Vorschläge.

In Berlin konnte ich klar erkennen, daß der Krieg zwischen den Balkanstaaten Deutschland selbst nur wenig beunruhigt, daß man aber, wie in Frankreich, fürchtet, durch seine Bündnisverpflichtungen in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden. Deshalb ist Deutschland bereit, den Balkankrieg soweit wie möglich zu lokalisieren, wenn ein solcher nicht mehr zu vermeiden sein sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde in Berlin der Vorschlag Poincarés, Rußland und Österreich zu Wortführern in Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen zu machen, sehr gut aufgenommen, um so mehr als man augenblicklich zu bezweifeln scheint, daß das Wiener Kabinett den Ratschlägen seines Bundesgenossen im Norden Gehör schenken will. Daher vermeidet man es lieber, seinen Einfluß in Wien auf die Probe zu stellen, denn man fürchtet, dort nicht mehr die gleiche Gefügigkeit wie einst zu finden.

Mich will es dünken, daß diese Sachlage teilweise auch durch das Bestreben Österreichs zu erklären ist, seine Unabhängigkeit von Deutschland zu betonen. Letzteres ist genötigt, sich fest an seinen Bundesgenossen anzuschließen, wenn es nicht vollkommen isoliert unter den Großmächten bleiben will, und daraus wünscht Österreich für sich Vorteil zu ziehen.

Jedenfalls hat man mir in Berlin mehr als einmal versichert, daß man dort gewillt sei, im voraus schon alle Maßnahmen anzuerkennen, die durch eine Vereinbarung zwischen Rußland und Österreich getroffen werden sollten.

Dieselben Verschiedenheiten in der Auffassung, die sich bei den drei Mächten hinsichtlich der Lage auf dem Balkan feststellen lassen, zeigen sich auch in ihren Ansichten über orientalische Einzelfragen.

So zunächst bezüglich Kretas. Während England, vor allem besorgt um die Verteidigung der Hoheitsrechte des Sultans, den Rat erteilt, man solle diese Inseln durch ein von den Schutzmächten gebildetes Detachement in Stärke von 6000 Mann besetzen lassen, möchte Frankreich, wie auch wir selbst, nicht zu so strengen Maß-

nahmen greifen und lieber den Weg wählen, in Kreta das Oberkommissariat wieder einzuführen.

In der Frage des zukünftigen Schicksals der von Italien besetzten Inseln im Ägäischen Meer stimmen England und Frankreich darin überein, sie könnten es unmöglich zulassen, daß Italien die Inseln behält, weil dadurch das politische Gleichgewicht im östlichen Teile des Mittelmeers bedroht sein würde. Frankreich ist bereit, über die Mittel zur Lösung der Frage in dem Sinne zu verhandeln, daß man den Inseln eine Autonomie, ähnlich der von Samos, zuerkenne. England jedoch sieht zwar ein, daß man unmöglich die christliche Inselbevölkerung der Willkür der Türken ausliefern kann, es möchte aber trotzdem die Empfindlichkeit der letzteren schonen und beeilt sich nicht weiter mit der Untersuchung dieser Angelegenheit.

Trotz der Kürze meines Pariser Aufenthalts, während dessen die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf den Orient gerichtet war, gelang es mir doch, durch Besprechungen mit Staatsmännern und Finanzleuten für uns recht wichtige Einzelheiten auf verschiedenen Gebieten zu klären, von denen einige, die schon in England angeschnitten wurden, in diesem Bericht bereits Erwähnung fanden.

Unter den Fragen, die Frankreich und Rußland nahe berühren, waren es zunächst die anatolischen Eisenbahnen, um die sich die Besprechungen drehten. Aus Äußerungen eines der hauptsächlichsten Unternehmer, des Grafen Vitali, hatte ich die Überzeugung gewonnen, daß die Abzweigung von der nördlichen Hauptlinie bis Trapezunt infolge technischer Schwierigkeiten und zweifelhafter Erträge aller Wahrscheinlichkeit nach erst in ferner Zukunft ausgeführt werden würde; ich hielt es deshalb für möglich, Poincaré das Versprechen zu geben, ich wolle vor dem Ministerrat den Antrag vertreten, die zwischen uns und den Franzosen bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und bezeichnete Peckerridje als Endpunkt der zukünftigen Linie, entsprechend den Hinweisen des ehemaligen Außenministers Assim Bey.

Was die Bagdadbahn anbetrifft, so erfuhr ich, der Direktor der Deutschen Bank, H. von Gwinner, habe den französischen Banken angeboten, man solle ihm die Aktien der dritten Emission, die noch in ihren Mappen liegen, wieder aushändigen, und zwar unter der Bedingung, daß diese Banken die Verpflichtung übernehmen, die vierte und fünfte Emission ganz zu realisieren. Die französische Regierung übte jedoch einen Druck auf die Banken aus und zwang sie, dies Angebot zurückzuweisen, da es doch nur bezweckte, die Aktien der Bagdadbahn mit der Zeit an der Pariser Börse zur Notierung zu bringen.

Eure Majestät geruhten auf einen Brief unseres Botschafters in Madrid die Worte zu setzen: „Es ist notwendig, dies ernst in Er-

wägung zu ziehen.“ In diesem Briefe berichtet Baron Budberg den Inhalt einer Unterredung mit dem König Alphons XIII., der dabei den Wunsch ausgesprochen hatte, Spanien solle sich den Mächten des Dreiverbandes angliedern.

Ich befolgte die Andeutung Eurer Kaiserlichen Majestät und benutzte meine Begegnung mit H. Poincaré, um ihm vertraulich diesen Schritt des Königs mitzuteilen und mich über die Ansicht der französischen Regierung zu informieren.

Poincaré sagte mir, daß die jetzt von dem König von Spanien aufgeworfene Frage durchaus keine neue sei und zum erstenmal schon 1909 angeregt worden sei; bei seinem letzten Besuch in Paris sei der König darauf zurückgekommen. Von französischer Seite seien seine Andeutungen wohl erwogen, aber nicht endgültig beantwortet worden. Jetzt, nach einer Konzentrierung seiner Streitkräfte im Mittelmeer, müsse Frankreich daran denken, sich den Rücken zu decken und eine freie Verbindung mit der atlantischen Küste zu sichern. So entspreche der Gedanke eines Bündnisses mit Spanien den französischen Interessen durchaus, und zwar um so mehr, als es im Fall eines Krieges mit Deutschland dann nicht nötig wäre, an den Pyrenäen ein Heer zum Schutz der Grenze aufzustellen. Trotzdem ziehe aber das Pariser Kabinett es vor, eine Erörterung über diese Angelegenheit bis zum Abschluß der schwebenden Verhandlungen mit Spanien über Marokko zu verschieben.

Ich äußerte Poincaré gegenüber, daß ein Abkommen zwischen Frankreich und Spanien und dadurch eine Annäherung des letzteren an die Dreiverbandsmächte mir durchaus sympathisch wäre, immerhin hielte ich es für vollkommen ausreichend, wenn Spanien sich durch ein förmliches Bündnis nur an Frankreich anschlosse, um jeden Verdacht Deutschlands und seine ständige Furcht vor angeblich ihm feindlichen Koalitionen auszuschalten.

Ich schließe meinen untertänigsten Bericht über meinen Aufenthalt in Frankreich mit dem Hinweis auf den lebenswürdigen Empfang, der mir in Rambouillet von seiten des Präsidenten der Republik, H. Fallières, zuteil wurde. Er bat mich, Eurer Kaiserlichen Majestät die Gefühle seiner tiefsten Wertschätzung und aufrichtigen Ergebenheit auszusprechen.

In Berlin hielt ich mich nur einen Tag auf. Meine Begegnungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen waren fast ausschließlich einer Prüfung der Balkankrise gewidmet. Den Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage habe ich weiter oben angegeben. Um meine Äußerungen über die in Berlin gesammelten Eindrücke zu vervollständigen, halte ich es für meine Pflicht, Eurer Kaiserlichen Majestät zu berichten, daß H. von Bethmann-Hollweg und H. von Kiderlen-Wächter leider beide auf den Eindruck zu sprechen kamen, den der kürzlich erfolgte Besuch

Seiner Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in den französischen Befestigungen an der lothringischen Grenze hinterlassen hat, sowie auf die teilweise Mobilmachung in Warschau in der letzten Woche.

Nachdem ich ihnen den durchaus friedlichen Charakter der letzteren erklärt hatte, wies ich meinerseits auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Bildung eines neuen deutschen Armeekorps in Allenstein, nahe unserer Grenze, hervorgerufen hat.

Diese beiderseitigen Beschwerden geschahen übrigens in einer durchaus freundschaftlichen Form. Ich fühle mich berechtigt, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß trotz des häufigen Vorkommens ähnlicher Fälle beiderseitiger Unzufriedenheit unsere Beziehungen zu Deutschland im Grunde genommen stets von aufrichtiger Freundschaft getragen sind, die Eure Kaiserliche Majestät durch die persönliche Begegnung mit Kaiser Wilhelm im Juli dieses Jahres zu festigen geruht haben.

Sasonow